



Botschaft der Regierung an den Grossen Rat

Heft Nr. 5/2016–2017

Inhalt	Seite
5. Teilrevision des Gesetzes über den vorbeugenden Brandschutz und die Feuerwehr.....	285

Inhaltsverzeichnis

5.	Teilrevision des Gesetzes über den vorbeugenden Brandschutz und die Feuerwehr	
I.	Ausgangslage	285
	1. Gründe für eine Teilrevision des Brandschutzgesetzes.....	286
	2. Vernehmlassungsverfahren.....	287
	2.1 Vorgehen und Rücklauf	287
	2.2 Beurteilung der Vorlage.....	287
	3. Eckpunkte der Teilrevision.....	288
	4. Erläuterungen zu den einzelnen Bestimmungen	289
II.	Auswirkungen	295
	1. Finanzielle Auswirkungen.....	295
	1.1. Kanton beziehungsweise Gebäudeversicherung.....	295
	1.2. Gemeinden	295
	2. Personelle Auswirkungen	296
	3. Auswirkungen auf die Gemeindeaufgaben	296
III.	Inkrafttreten Teilrevision	296
IV.	Gute Gesetzgebung	296
V.	Anträge	297

Botschaft der Regierung an den Grossen Rat

5.

Teilrevision des Gesetzes über den vorbeugenden Brandschutz und die Feuerwehr

Chur, den 13. Juni 2016

Sehr geehrter Herr Standespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen hiermit die Botschaft und den Entwurf für eine Teilrevision des Gesetzes über den vorbeugenden Brandschutz und die Feuerwehr im Kanton Graubünden (BR 840.100).

I. Ausgangslage

Das Gesetz über den vorbeugenden Brandschutz und die Feuerwehr im Kanton Graubünden (Brandschutzgesetz; BR 840.100) datiert vom 15. Juni 2010. Es löste im Sinne einer stufengerechten Gesetzgebung die vom Grossen Rat erlassene Feuerpolizeiverordnung ab.

Die Vereinigung Kantonaler Feuerversicherungen hat neue schweizerische Brandschutzvorschriften erlassen und auf den 1. Januar 2015 in Kraft gesetzt. Die neuen schweizerischen Brandschutzvorschriften (www.praever.ch) bezwecken eine wirtschaftliche Optimierung des Brandschutzes ohne wesentliche Reduktion des Personenschutzes. Im Tiefrisikobereich von Einfamilienhäusern und Bauten mit geringerem Ausmass ergeben sich deutliche Deregulierungen. So fallen in diesen Gebäuden Brandabschnitte und bauliche Brandschutzvorschriften beinahe weg. Im mittleren Risikobereich von Mehrfami-

liehnhäusern und Gewerbebauten bleiben die Vorschriften in etwa gleich. Im Hochrisikobereich von Bauten mit hoher Personenbelegung (Spitäler, Hotels usw.) wurden die Vorschriften belassen und im Zusammenhang mit neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen zur Sicherheit der Bewohner teilweise auch verschärft. Stark dereguliert wurden ebenfalls die Vorschriften zum Holzbau, indem zum Beispiel auch Hochhausbauten konstruktiv in Holz möglich sind und der gesamte Baukörper in Holz mit entsprechender Verkleidung verbaut werden kann.

Die Handhabung des Brandschutzgesetzes in den vergangenen fünf Jahren hat gezeigt, dass auch auf kantonaler Ebene ein Anpassungsbedarf bei verschiedenen Bestimmungen besteht.

1. Gründe für eine Teilrevision des Brandschutzgesetzes

Die Gebäudeversicherung Graubünden (GVG) hat heute keine rechtliche Handhabe, um die Durchführung einer Veranstaltung mit einem besonderen Gefährdungspotential zu untersagen oder den Abbruch ihrer Durchführung anzuordnen, wenn ein brandschutztechnischer Mangel an einem Gebäude oder einer Anlage vorliegt.

Die Löschwasserversorgungsanlagen sind heute praktisch in allen Gemeinden erstellt und in einem guten Zustand. Es gilt nun dafür zu sorgen, dass die Löschwasserversorgungsanlagen so unterhalten werden, dass sie dauernd den qualitativen Anforderungen der einschlägigen fachlichen Richtlinien entsprechen. Die entsprechenden Bemühungen der Gemeinden sollen durch Betriebsbeiträge der Gebäudeversicherung unterstützt werden. Für die Gewährung von Beiträgen der Gebäudeversicherung an die Gemeinden für den Betrieb ihrer Löschwasserversorgungsanlagen ist die Schaffung einer Rechtsgrundlage erforderlich.

Im Kaminfegerwesen müssen die Bestimmungen über die Zulassung der Kaminfegermeister an die Rechtsprechung des Verwaltungsgerichts Graubünden angepasst werden.

Bei Bewilligungen von Veranstaltungen, an denen pyrotechnische Gegenstände eingesetzt werden, sind die Regeln der revidierten Sprengstoffgesetzgebung nachzuvollziehen. Pyrotechnische Gegenstände enthalten mindestens einen Zünd- oder Explosivsatz. Ihre Energie ist dazu bestimmt, Licht, Wärme, Schall, Rauch, Gas, Druck, eine Bewegung oder ähnliche Wirkungen zu erzielen.

Die durch die Reform des Bündner Finanzausgleichs (FA-Reform) ab 2016 entfallenden Zusatzbeiträge an die Investitionen der Feuerwehren und an die Erstellungskosten von Löschwasserversorgungsanlagen nach finanzieller Leistungsfähigkeit der Gemeinden (Art. 25 und 29 der Verordnung zum

Brandschutzgesetz) ermöglichen eine Neuausrichtung der entsprechenden Beiträge der Gebäudeversicherung.

Gemäss Art. 42 des Brandschutzgesetzes finden die Bestimmungen des Gesetzes über den Finanzhaushalt und die Finanzaufsicht des Kantons Graubünden über Kantonsbeiträge für Beiträge der Gebäudeversicherung an die Feuerwehren und die Löschwasserversorgung sinngemäss Anwendung. Das Gesetz über den Finanzhaushalt und die Finanzaufsicht ist am 1. Dezember 2012 durch das Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons Graubünden (BR 710.100) abgelöst worden. Art. 42 des Brandschutzgesetzes ist entsprechend dahingehend anzupassen, dass sich die Ausrichtung von Beiträgen nach den Bestimmungen von Art. 40 ff. des Gesetzes über den Finanzhaushalt des Kantons Graubünden richtet.

Die Teilrevision des Brandschutzgesetzes bietet Gelegenheit, weitere sich aufgrund der bisherigen Erfahrungen mit der Anwendung des Gesetzes aufdrängende Anpassungen vorzunehmen.

2. Vernehmlassungsverfahren

2.1 Vorgehen und Rücklauf

Mit Beschluss vom 19. Januar 2016 (Prot. Nr. 42) nahm die Regierung vom Entwurf des Departementes für Justiz, Sicherheit und Gesundheit (DJSG) für eine Teilrevision des Brandschutzgesetzes Kenntnis und gab ihn für die Vernehmlassung frei. Am 28. Januar 2016 eröffnete das DJSG das Vernehmlassungsverfahren, welches bis zum 30. April 2016 dauerte. Insgesamt sind 11 Stellungnahmen von zwei Parteien, acht Gemeinden und einer Berufsorganisation eingegangen.

2.2 Beurteilung der Vorlage

Die Vorlage zur Teilrevision des Brandschutzgesetzes fand in der Vernehmlassung durchwegs positive Aufnahme. Die vorgeschlagenen Änderungen des Brandschutzgesetzes waren allgemein unbestritten.

Auf die konkret vorgebrachten Anliegen und Forderungen wird soweit erforderlich in den Erläuterungen zu den einzelnen Bestimmungen eingegangen.

3. Eckpunkte der Teilrevision

Vorbeugender Brandschutz

Neu wird der Gebäudeversicherung ermöglicht, die Durchführung einer Veranstaltung mit besonderem Gefährdungspotential zu untersagen oder deren Durchführung abubrechen, wenn ein brandschutztechnischer Mangel an einem Gebäude oder einer Anlage nicht vor Beginn der Veranstaltung beziehungsweise umgehend nach deren Abmahnung behoben wird.

Feuerpolizei

Die Begriffe Brandschutz und Feuerpolizei werden im Gesetz ihrer Bedeutung entsprechend verwendet. Die beratende, präventive und kontrollierende Arbeit wird in Anlehnung der Abteilungsbezeichnung innerhalb der Gebäudeversicherung und in Anlehnung an die nationale Brandschutzgesetzgebung als Brandschutz bezeichnet (Art. 5 Abs 2, Art. 12 bis 15). Überall dort wo die Brandschutzexperten Bewilligungstätigkeiten zum Schutz von Leben und Eigentum und damit der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ausüben, wird der Begriff Feuerpolizei beziehungsweise feuerpolizeiliche Bewilligung verwendet (Art. 8 Abs. 1, Art. 9, Art. 12, Art. 13).

Kaminfegerwesen

Die Ausübung der Tätigkeit als Kaminfegermeister bedarf gemäss geltendem Recht einer Bewilligung. Aufgrund des Urteils des Verwaltungsgerichts Graubünden vom 2. Juni 2014 (VGU U 14 20) bedarf die Ausübung der Tätigkeit als Kaminfegermeister der Erteilung einer Konzession.

Feuerwehr

Der unterschiedliche Beitragssatz für Investitionen der Gemeinde- und (bis 30 Prozent) und der interkommunalen Feuerwehren (bis 50 Prozent) wird fallen gelassen, da praktisch alle Feuerwehren für mehr als eine Gemeinde zuständig sind. Der neue maximale Beitragssatz orientiert sich an dem für interkommunale Feuerwehren geltenden Beitragssatz.

Neu schliesst im Sinne der Verfahrensvereinfachung anstelle der Regierung die Gebäudeversicherung die Leistungsvereinbarungen mit den Infrastrukturbetreiberinnen beziehungsweise den Infrastrukturbetreibern von Strasse, Bahn usw. und mit den Trägern der Feuerwehrstützpunkte ab. Diese Vereinbarungen unterliegen in der Folge dem Genehmigungserfordernis der Regierung.

Löschwasserversorgung

Zur Sicherung des Unterhalts und damit der Qualität der Löschwasserversorgungsanlagen wird den Gemeinden neu ein Betriebsbeitrag ausgerichtet,

der aus einem Grundbeitrag von maximal 3000 Franken pro Gemeinde und einem Beitrag von bis zu 5 Franken pro Million Franken Versicherungssumme der Gebäude im Einzugsgebiet der Löschanlagen besteht.

4. Erläuterungen zu den einzelnen Bestimmungen

Artikel 2

Gemäss den Art. 7 bis 9 unterstehen Veranstaltungen mit besonderer Gefährdung (insbesondere Openairs, Stadtfeste, temporäre Sportanlässe, Ausstellungen mit Festwirtschaften, und dergleichen) neu der feuerpolizeilichen Bewilligungspflicht des Kantons beziehungsweise der Gebäudeversicherung und nicht mehr der Gemeinden. In Sinne der Transparenz sind die Veranstaltungen bei den Aufgaben des Kantons im Bereich des vorbeugenden Brand-schutzes aufzuführen.

Artikel 3

Gemeinden betreiben heute vielfach nicht mehr eine Gemeindefeuerwehr, sondern eine interkommunale Feuerwehr. Litera b ist entsprechend allgemeiner zu formulieren.

Artikel 7

Massgebend für die Beurteilung der Umweltgefährdung durch Veranstaltungen ist die Umweltschutzgesetzgebung. Die Gefährdung der Umwelt bei Veranstaltungen ist somit nicht durch die feuerpolizeilichen Bewilligungsbehörden zu prüfen. Entsprechend ist die Umwelt in Abs. 1 lit. d zu streichen.

Die Bewilligungspflicht für das Abbrennen von Feuerwerk wird in Anlehnung an die einschlägigen Bestimmungen des Sprengstoffgesetzes (Art. 7 des Bundesgesetzes über explosionsgefährliche Stoffe, SR 941.41) und der Sprengstoffverordnung (Art. 1a und Anhang 1 der Verordnung über explosionsgefährliche Stoffe, SR 941.411) detaillierter geregelt. Bei den pyrotechnischen Gegenständen werden die Kategorien zu Vergnügungszwecken (Feuerwerkskörper) und zu gewerblichen Zwecken (Indoor- und Bühnenfeuerwerk) unterschieden. Die Feuerwerkskörper zu Vergnügungszwecken werden im Weiteren je nach Gefahrenpotential in vier Kategorien unterteilt. Als Feuerwerkskörper zu Vergnügungszwecken gelten beispielsweise:

Kategorie F1: Bengalstreichhölzer, Wunderkerzen, Knaller (Ladycracker), Tischbomben etc.;

Kategorie F2: Sonnen bis 100 g Nettoexplosivmasse (NEM), Vulkane bis 250 g NEM, Raketen bis 75 g NEM;

Kategorie F3: Raketen bis 500 g NEM, Vulkane bis 750 g NEM, Batterien bis 1000 g NEM;

Kategorie F4: Feuerwerkskompositionen und Batterien, die nur mit Erwerbschein oder Abbrandbewilligung erworben werden können.

Von den Kategorien F1 bis F3 geht eine sehr geringe, eine geringe beziehungsweise eine mittlere Gefahr aus, von der Kategorie F4 eine grosse Gefahr. Entsprechend müssen sich Personen, die Feuerwerkskörper der Kategorie F4 abbrennen, gemäss Bundesrecht über entsprechende Fachkenntnisse ausweisen.

Für die Erteilung der Bewilligungen für das Abbrennen der Feuerwerkskörper der Kategorien 1 bis 3 sind weiterhin die Gemeinden zuständig.

Aufgrund der von den Feuerwerkskörpern der Kategorie F4 ausgehenden grossen Gefahr wird für das Abbrennen solcher Feuerwerkskörper neu eine Bewilligungserteilung durch die Gebäudeversicherung vorgesehen. Für die Bewilligung des Abbrennens von Feuerwerkskörpern zu gewerblichen Zwecken soll angesichts des damit verbundenen Gefährdungspotentials neu ebenfalls die Gebäudeversicherung zuständig sein. Feuerwerkskörper im gewerblichen Gebrauch sind beispielsweise Signalmittel, Wetterraketen, Patronen zum Schweißen oder Härten von Metallen (Art. 7 lit. a Sprengstoffgesetz).

Artikel 8

Für die Erteilung von Bewilligungen der Gemeinden für Veranstaltungen mit besonderer Gefährdung von Personen, Tieren und Sachen ist neu der Kanton beziehungsweise die Gebäudeversicherung zuständig. Die Gebäudeversicherung verfügt mit ihrer Brandschutzabteilung im Gegensatz zu den Gemeinden über die fachlichen Kompetenzen zur Beurteilung des Gefährdungspotentials derartiger Veranstaltungen und zur Anordnung der notwendigen Massnahmen zur Reduktion dieses Gefährdungspotentials.

Die Regelung von Absatz 2, wonach die Gemeinden die Zuständigkeit für die Erledigung der ihnen gemäss Gesetz obliegenden Aufgabe der Erteilung der feuerpolizeilichen Bewilligungen der Gebäudeversicherung übertragen können, wird beibehalten. Die Gemeinden haben dabei sicherzustellen, dass das Vorgehen bei der Übertragung mit den einschlägigen Bestimmungen des kommunalen Rechts im Einklang steht. Zu diesem Zweck haben sie zunächst die Behörde der Gemeinde zu bestimmen, welche ohne die fragliche Vereinbarung über die in Frage stehenden brandschutzrechtlichen Bewilligungen zu entscheiden hätte. Anschliessend ist zu untersuchen, ob und gegebenenfalls unter welchen Voraussetzungen die Gemeinde eine Kompetenz, welche der Gesetzgeber dieser Behörde zuerkannt hat, auf die Gebäudeversicherung als ausserhalb der kommunalen Verwaltung stehende kantonale Behörde übertragen darf. Entsprechend haben die Gemeinden ihr Satzungsrecht anzupassen (VGU R 13 173 und R 13 174, E 7e). Gemeinden, die eine Übertragung ohne Anpassung ihres Satzungsrechts gemacht haben, haben diese Unterlas-

sung baldmöglichst zu beheben. Die feuerpolizeilichen Bewilligungen werden, auch im Falle einer Übertragung an die Gebäudeversicherung, im Rahmen der Baubewilligung durch die Gemeinde erteilt beziehungsweise eröffnet (Koordinationsverfahren gemäss Art. 88 des kantonalen Raumplanungsgesetzes [BR 801.100]). Abs. 2 enthält gegenüber dem geltenden Gesetz eine diese Rechtslage klarer festhaltende Regelung.

Artikel 10

Absatz 1 und 2 werden aufgehoben, weil für Veranstaltungen mit besonderer Gefährdung gemäss Art. 9 der Kanton beziehungsweise die Gebäudeversicherung zuständig ist.

Absatz 3 ermächtigt die Gebäudeversicherung, die Durchführung von bewilligten Veranstaltungen mit besonderem Gefährdungspotential bei Vorliegen brandschutztechnischer Mängel zu untersagen oder abzubrechen.

Artikel 12

Die vorliegende Bestimmung sieht vor, dass Gemeinden ihre Aufgaben im Bereich der Brandschutzkontrollen der Gebäudeversicherung übertragen können.

Im Falle der Übertragung der Aufgabe der Brandschutzkontrollen von der Gemeinde an die Gebäudeversicherung wird die Behebung von festgestellten Mängeln bei Gebäuden, Anlagen und Veranstaltungen von der Gebäudeversicherung direkt verfügt.

Artikel 18

Gemäss dem Gesetz über die Umsetzung der Gerichtsreform vom 23. April 2014 haben die Kreise ab 2016 nur mehr die Funktion als Wahlkreise für die Bestellung des Grossen Rats. Sie bilden ab diesem Zeitpunkt keine Körperschaften des öffentlichen Rechts mehr. Die den konzessionierten Kaminfegermeistern zugeteilten Gebiete werden entsprechend neu als Kaminfegerregionen bezeichnet (Abs. 1). Anstelle einer Wahl eines Kaminfegermeisters pro Kaminfegerregion ist aufgrund eines Urteils des Verwaltungsgerichts den Kaminfegermeistern durch die Gebäudeversicherung zur selbständigen Berufsausübung eine Konzession zu erteilen (Abs. 2).

Artikel 19

Von einer Gemeinde wurde in der Vernehmlassung die Frage aufgeworfen, ob das Kaminfegermonopol noch zeitgemäss sei.

Die Regierung hat im Rahmen der Botschaft zum Erlass des Brandschutzgesetzes zu dieser Thematik Folgendes ausgeführt (B 2009–2010, S. 575):

«Aus der unbestrittenen Notwendigkeit gut unterhaltener und gereinigter Wärmeerzeugungs- und Abgasanlagen ergibt sich der Zwang zur perio-

dischen Kontrolle und Reinigung. Im weitläufigen, unterschiedlich dicht besiedelten und topographisch anspruchsvollen Kanton Graubünden wäre der Reinigungszwang ohne kantonales Monopol nicht durchsetzbar. So ist davon auszugehen, dass sich keine in Konkurrenz arbeitenden Kaminfeger finden lassen, welche bereit sind, auch in abgelegenen Siedlungen die Anlagen zu tragbaren Kosten zu reinigen. Abgesehen davon müssten neue Mechanismen zur Kontrolle der erfüllten Reinigungspflicht und der Kaminfegerleistungen eingeführt werden. Das Kaminfegermonopol liegt damit im hiefür in Art. 85 Abs. 4 KV geforderten öffentlichen Interesse.

Mit dem Kaminfegermonopol wird die Kontrolle und Reinigung der Wärmeerzeugungsanlagen im ganzen Kanton zu einem staatlich festgelegten Einheitstarif sichergestellt. Erfahrungen in Kantonen, welche das Kaminfegermonopol aufgegeben haben, zeigen eine Kostensteigerung in abgelegenen Gebieten und gleichbleibende Tarife im städtischen Bereich. Ein eigentlicher Markt mit Konkurrenzangeboten ist kaum entstanden.»

Aus Sicht der Regierung hat die Ausgangslage und Beurteilung in der Zwischenzeit keine Änderung erfahren.

Bei Mangel an Bewerbern mit einem eidgenössischen Diplom als Kaminfegermeister oder einer gleichwertigen ausländischen Ausbildung gemäss Abs. 2 soll die Konzession als Kaminfegermeister befristet auch Bewerbern erteilt werden können, welche diese Voraussetzung nicht erfüllen (Abs. 2^{bis}). Voraussetzung für die Erteilung ist auch bei diesen Bewerbern, dass sie sich über genügend Kenntnisse der Brandschutzvorschriften ausweisen.

Die Konzession wird auf unbestimmte Zeit erteilt. Da die Konzession unbefristet ist, ist es erforderlich, den Entzug einer Konzession bei mangelhafter Pflichterfüllung zu regeln (Abs. 3).

Artikel 20/21

Die Anpassungen in diesen Bestimmungen sind Folge des vorerwähnten Urteils des Verwaltungsgerichts.

Artikel 22

Die Anpassung in dieser Bestimmung ist durch die Änderung von Art. 18 Abs. 1 bedingt.

Artikel 29

Die Entschädigung der Träger der Stützpunktfeuerwehren für das zur Verfügung gestellte Personal und für die Bauten für die Unterbringung der zugewiesenen Ausrüstung ist gemäss Art. 30 Abs. 2 in den zwischen der Gebäudeversicherung und den Trägern der Feuerwehrstützpunkte abzuschliessenden Leistungsvereinbarungen zu regeln. Abs. 2 ist entsprechend zu streichen.

Artikel 30

In Abs. 1 wird eine durch die Änderung von Abs. 2 bedingte redaktionelle Anpassung vorgenommen.

Wie in Ziffer 3 bei den Eckpunkten der Teilrevision ausgeführt, schliesst neu im Sinne der Verfahrensvereinfachung die Gebäudeversicherung die Leistungsvereinbarungen zwischen der Gebäudeversicherung und den Infrastrukturbetreiberinnen beziehungsweise Infrastrukturbetreibern und den Trägern der Feuerwehrstützpunkte ab (Abs. 2). Die Leistungsvereinbarungen bedürfen aufgrund ihrer Tragweite der Genehmigung durch die Regierung.

Artikel 38a

Während den letzten 20 Jahren galt das Augenmerk des Brandschutzes dem Ausbau der Löschwasserversorgungen. Da dieser Prozess grossmehrheitlich abgeschlossen ist, geht es nun um die Qualitätssicherung und den Erhalt der Leistungsfähigkeit der Anlagen, was entsprechende Unterhaltmassnahmen der Gemeinden bedingt. Mit der vorliegenden Bestimmung wird die Gebäudeversicherung verpflichtet, periodisch die Leistungsfähigkeit der Löschwasserversorgung der Gemeinden gemäss Art. 38 zu überprüfen. Bei ungenügender Leistungsfähigkeit der Löschwasserversorgung werden keine Betriebsbeiträge gemäss Art. 41 ausgerichtet.

Artikel 40

Der maximale Beitragssatz an die anrechenbaren Kosten von zweckmässigen und bedarfsgerechten Investitionen der Feuerwehren für Geräte-lokale, Material, Alarmierung und Fahrzeuge wird im Gesetz auf 50 Prozent festgelegt. Seitens der Gebäudeversicherung ist nicht beabsichtigt die heute zur Anwendung gelangende Abstufung der Grundbeiträge von 15 Prozent für Feuerwehrmagazine und 20 Prozent für übrige Investitionen zu ändern. Neu sollen die Mittel der bis 2015 geleisteten und aufgrund der Reform des neuen Bündner Finanzausgleichs (FA-Reform) ab 2016 weggefallenen Finanzkraftzuschläge für Sammeleinkäufe der Gebäudeversicherung für Gemeindefeuerwehren eingesetzt werden. Die Gemeinden profitieren beim Sammeleinkauf von günstigeren Beschaffungspreisen. Die günstigeren Beschaffungspreise in Verbindung mit den durch den Wegfall der Finanzkraftklassenzuschlägen frei werdenden Mitteln ermöglichen die Erhöhung des Beitragssatzes der Gebäudeversicherung für Investitionen der Feuerwehren im Rahmen von Sammeleinkäufen.

Artikel 41

Der Ausbaustand der Löschwasserversorgungen ist in fast allen Gemeinden gut, weshalb die Förderung mehr in Richtung längerfristige Qualitätssicherheit gehen muss. Entsprechend leistet die Gebäudeversicherung neu

nicht nur Beiträge an zweckmässige Investitionen, sondern auch solche an die Betriebskosten. Mit den Betriebsbeiträgen werden die Aufwendungen der Gemeinden zur Sicherstellung einer leistungsfähigen Löschwasserversorgung durch die GVG finanziell unterstützt.

Der maximale Beitragssatz an die Kosten von zweckmässigen und bedarfsgerechten Investitionen wird von 30 Prozent auf 25 Prozent reduziert (Abs. 1). Die freiwerdenden Mittel werden zur Finanzierung der Betriebsbeiträge gemäss Abs. 1^{bis} eingesetzt.

Im Sinne der Mitfinanzierung der Aufwendungen zur Qualitätssicherung und zum Erhalt der Leistungsfähigkeit der Anlagen richtet die Gebäudeversicherung allen Gemeinden neu an die Betriebskosten ihrer Löschwasserversorgungsanlagen einen Grundbeitrag von bis zu 3000 Franken und einen Zusatzbeitrag von bis zu 5 Franken pro Million Franken Versicherungssumme der Gebäude aus (lit. b). Die konkreten Beiträge werden von der Regierung in der Verordnung geregelt.

Die Beitragssumme, die von der GVG bis anhin für Finanzklassenzuschläge geleistet wurde, wird neu für diese Betriebsbeiträge eingesetzt. Damit wird eine Systemänderung zu Gunsten der Qualitätssicherung vorgenommen.

Die in der Vernehmlassung angeregte Abstufung des Grundbeitrages nach Anzahl Fraktionen (z.B. max. 1000 Franken pro Fraktion) ist wenig transparent und deshalb auch nicht zwingend gerechter. Gemeinden mit vielen Fraktionen können zudem durchaus auch Synergien beim Unterhalt (z.B. ein Brunnenmeister) erzielen. Grosse, nicht fusionierte Gemeinden betreiben oftmals auch sehr aufwendige Wasserversorgungen und könnten entsprechend ebenfalls die Forderung nach einem höheren Grundbeitrag erheben. Eine Differenzierung nach Anzahl früherer Gemeinden bei fusionierten Gemeinden, wie von einem Vernehmlasser gefordert, und nach Fraktionen bei flächenmässig grossen Gemeinden (z.B. Davos, Safiental, Disentis/Mustér) wäre sehr aufwändig und schwierig abgrenzbar. Die Anwendung eines solchen Kriteriums erscheint unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung aller Gemeinden problematisch und würde zudem die Grundbeitragshöhe massiv senken, da der Gesamtbeitrag für Massnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von Schäden in den Art. 43 f. des Gesetzes festgelegt ist.

Nachfolgend werden anhand einiger Beispiele die gemäss Gesetz maximalen jährlichen Beiträge der Gebäudeversicherung an die Löschwasserversorgung aufgezeigt:

- Gemeinde Bonaduz, Grundbeitrag bis zu 3000 Franken und Zusatzbeitrag bis 3780 Franken
- Gemeinde Davos, Grundbeitrag bis zu 3000 Franken und Zusatzbeitrag bis 37160 Franken
- Gemeinde Ferrera, Grundbeitrag bis zu 3000 Franken und Zusatzbeitrag bis 569 Franken.

Die Investitions- und Betriebsbeiträge werden nur gewährt, wenn die Löschwasserversorgungen gemäss den gesamtschweizerisch anerkannten Richtlinien des Schweizerischen Vereins des Gas- und Wasserfaches (SVGW; www.svgw.ch) sowie dem Leitfaden für die Versorgung mit Löschwasser der Feuerwehr Koordination Schweiz (FKS) erstellt oder an diese angepasst sind, das Projekt den raumplanerischen Vorgaben entspricht und genügend Löschwasser mit ausreichendem Druck für die Schadenbekämpfung zur Verfügung steht.

Für die Eigentümer der Löschwasserversorgungen stellen die Betriebsbeiträge gegenüber heute eine Verbesserung dar, weil nicht nur Beiträge an Investitionen, sondern neu auch für leistungsfähige Löschwasserversorgungen Betriebsbeiträge ausgerichtet werden.

Artikel 42

Die Änderung beinhaltet die Nachführung der neuen Bezeichnung des sinngemäss für die Beiträge zur Anwendung gelangenden Gesetzes.

Artikel 48

Absatz 2 ist aufzuheben, weil die schweizerischen Brandschutzvorschriften keine kantonalen Sonderregelungen mehr zulassen.

II. Auswirkungen

1. Finanzielle Auswirkungen

1.1. Kanton beziehungsweise Gebäudeversicherung

Für den Kanton beziehungsweise die Gebäudeversicherung hat die Teilrevision keine finanziellen Auswirkungen.

Die Gebäudeversicherung setzt die durch den Wegfall der Finanzklassenzuschläge frei werdenden Mittel für höhere Beitragsleistungen an Sammeleinkäufe der Feuerwehren und für Betriebsbeiträge an die Wasserversorgungsanlagen der Gemeinden ein.

1.2. Gemeinden

Bei den Gemeinden kann die Systemumstellung im Einzelfall zu kleineren Beitragsveränderungen führen. Die Verschiebungen sind auf die im Jahr 2016 eingeführte FA-Reform zurückzuführen und sind nicht Folge der vorliegenden Revision.

2. Personelle Auswirkungen

Die geplanten Änderungen haben weder für den Kanton, die Gemeinden noch für die Gebäudeversicherung personelle Auswirkungen.

3. Auswirkungen auf die Gemeindeaufgaben

Gemäss dem Revisionsentwurf ist neu der Kanton beziehungsweise die Gebäudeversicherung anstelle der Gemeinden für die Erteilung folgender feuerpolizeilicher Bewilligungen zuständig:

- Bewilligung für das Abbrennen von Feuerwerkskörpern der Kategorie F4 und das Abbrennen von Feuerwerkskörpern zu gewerblichen Zwecken (Art. 7)
- Bewilligung von Veranstaltungen mit besonderer Gefährdung von Personen, Tieren und Sachen (Art. 8)

Seitens der Gemeinden wurden in der Vernehmlassung gegen die Übertragung dieser Aufgaben an die Gebäudeversicherung keine Einwände erhoben, wobei die Übertragung der Zuständigkeit für die Bewilligung für das Abbrennen von Feuerwerkskörpern der Kategorie F4 an die Gebäudeversicherung nicht Gegenstand der Vernehmlassung bildete. Die Übertragung der Zuständigkeit dieser Bewilligung drängt sich indessen angesichts der vom Abbrennen der Feuerwerkskörper der Kategorie F4 ausgehenden grossen Gefahr, aufgrund derer das Bundesrecht für das Abbrennen dieser Feuerwerkskörper spezifische Fachkenntnisse verlangt, ebenfalls auf.

III. Inkrafttreten Teilrevision

Die Behandlung der Vorlage durch den Grossen Rat ist für die Oktobersession 2016 vorgesehen. Die Regierung beabsichtigt, die Teilrevision bei unbenützter Referendumsfrist auf den 1. Februar 2017 in Kraft zu setzen.

IV. Gute Gesetzgebung

Die Grundsätze der «Guten Gesetzgebung» gemäss den regierungsrätlichen Vorgaben (vgl. RB vom 16.11.2010, Prot. Nr. 1070) werden mit der Revisionsvorlage beachtet. Auf Wiederholungen übergeordneten Rechts wird verzichtet, sofern nicht Aspekte der Lesbarkeit, der Verständlichkeit und des Vollzugs eine Wiederholung erforderlich erscheinen lassen.

V. Anträge

Gestützt auf unsere Ausführungen beantragen wir Ihnen:

1. auf die Vorlage einzutreten;
2. der Teilrevision des Gesetzes über den vorbeugenden Brandschutz und die Feuerwehr im Kanton Graubünden zuzustimmen.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Standespräsident, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Namens der Regierung
Der Präsident: *Rathgeb*
Der Kanzleidirektor: *Riesen*

Gesetz über den vorbeugenden Brandschutz und die Feuerwehr im Kanton Graubünden (Brandschutzgesetz)

Änderung vom [Datum]

Von diesem Geschäft tangierte Erlasse (BR Nummern)

Neu: –
Geändert: **840.100**
Aufgehoben: –

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 31 und Art. 85 Abs. 4 der Kantonsverfassung,

nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 13. Juni 2016,

beschliesst:

I.

Der Erlass "Gesetz über den vorbeugenden Brandschutz und die Feuerwehr im Kanton Graubünden (Brandschutzgesetz)" BR [840.100](#) (Stand 1. Januar 2011) wird wie folgt geändert:

Art. 2 Abs. 1

¹ Der Kanton ist zuständig für:

- a) **(geändert)** den vorbeugenden Brandschutz bei Gebäuden-, **Anlagen** und **AnlagenVeranstaltungen** mit besonderer Gefährdung;

Art. 3 Abs. 1

¹ Die Gemeinden sind zuständig für:

-
- b) **(geändert)** die Organisation und den Betrieb einer ~~Gemeindefeuerwehr~~**Feuerwehr** gemäss den Vorgaben des Kantons;

Titel nach Art. 6 (geändert)

2.2. BrandschutzbewilligungFeuerpolizeiliche Bewilligung

Art. 7 Abs. 1

¹ Bewilligungspflichtig sind:

- d) **(geändert)** Veranstaltungen mit besonderer Gefährdung von Personen, Tieren; ~~Sachen- oder der Umwelt~~**Sachen**;
- e) **(geändert)** das Abbrennen von ~~Feuerwerk~~**pyrotechnischen Gegenständen zu Vergnügungszwecken (Feuerwerkskörper) und pyrotechnischen Gegenständen zu gewerblichen Zwecken.**

Art. 8 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert)

¹ Die Gemeinden sind für die Erteilung folgender ~~Brandschutzbewilligungen~~**feuerpolizeilicher Bewilligungen** zuständig:

- d) *Aufgehoben*
- e) **(geändert)** ~~Bewilligung für das Abbrennen von Feuerwerk~~**pyrotechnischen Gegenständen zu Vergnügungszwecken (Feuerwerkskörper), die eine geringe oder mittlere Gefahr darstellen.**

² Die Gemeinden können- die Zuständigkeiten gemäss ~~Absatz 1~~**Absatz 1 Litera a bis c** mit deren Einverständnis der Gebäudeversicherung übertragen. Sie haben die Gebäudeversicherung für ihren Aufwand kostendeckend zu entschädigen.

Art. 9 Abs. 1 (geändert)

¹ Die Gebäudeversicherung erteilt die ~~Brandschutzbewilligungen~~**feuerpolizeilichen Bewilligungen** für alle übrigen Kategorien.

Art. 10 Abs. 1 (aufgehoben), Abs. 2 (aufgehoben), Abs. 3 (geändert)

¹ *Aufgehoben*

² *Aufgehoben*

³ ~~Die Gebäudeversicherung-~~**Wird ein brandschutztechnischer Mangel an einem Gebäude oder einer Anlage nicht vor Beginn der Veranstaltung beziehungsweise umgehend nach der Abmahnung behoben, kann die Gebäudeversicherung bei akuter Gefährdung von Personen**Veranstaltungen mit besonderem Gefährdungspotential die Durchführung einer Veranstaltung verbieten**~~untersagen beziehungsweise abbrechen.~~**

Art. 12 Abs. 1 (geändert)

¹ Die Brandschutzkontrollen ~~sind durch die~~ **werden von der** für die Brandschutzbewilligung ~~feuerpolizeiliche Bewilligung~~ zuständige Behörde ~~durchzuführendurch-~~geführt. ~~Die Gemeinden können die Aufgabe der Brandschutzkontrolle der Gebäudeversicherung übertragen.~~

Art. 13 Abs. 1 (geändert)

¹ Die Behörde kann während der Umsetzung des Bauvorhabens die Einhaltung der in der ~~Brandschutzbewilligung~~**feuerpolizeilichen Bewilligung** verfügten Auflagen sowie die generelle Einhaltung der Brandschutzvorschriften prüfen.

Art. 17 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (neu), Abs. 3 (neu)

¹ Eigentümerinnen beziehungsweise Eigentümer von nicht vorschriftsgemässen Bauten, haustechnischen Anlagen und technischen Brandschutzeinrichtungen haben die **von der Behörde** festgestellten Mängel innert der vorgegebenen Frist zu beheben.

² Für den Fall, dass die von der Behörde festgestellten Mängel nicht behoben werden, kann sie Ersatzvornahmen anordnen.

³ Für die Kosten der Ersatzvornahme besteht ein gesetzliches Pfandrecht. Dieses ist innert zwei Jahren seit Eintritt der Fälligkeit in das Grundbuch einzutragen.

Art. 18 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (neu)

KaminfegerkreiseAufgaben der Gebäudeversicherung (Überschrift geändert)

¹ Die Gebäudeversicherung teilt den Kanton in ~~Kaminfegerkreise~~**Kaminfegerregionen** ein und wählt für jeden Kreis den Kaminfegermeister.

² Sie erteilt Kaminfegermeisterinnen beziehungsweise Kaminfegermeistern die kantonale Konzession zur selbstständigen Berufsausübung in einer Kaminfegerregion.

Art. 19 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 2^{bis} (neu), Abs. 3 (geändert)

KaminfegermeisterKonzession

1. Zulassung Selbstständige Tätigkeit (Überschrift geändert)

¹ ~~Für die~~ Die Ausübung des Amtes des Kreiskaminfegermeisters ~~bedarf es der selbstständigen Tätigkeit als Kaminfegermeisterin beziehungsweise als Kaminfegermeister ist Personen vorbehalten, die im Besitz einer kantonalen Zulassung Konzession sind.~~

² Die Zulassung ~~wird von der Gebäudeversicherung erteilt, wenn die Bewerberin oder der Bewerber~~**Konzession als Kaminfegermeisterin beziehungsweise als Kaminfegermeister wird einer Person erteilt, die:**

Aufzählung unverändert.

^{2bis} In begründeten Fällen kann die Konzession einer Person, welche die Voraussetzung gemäss Absatz 2 Litera a nicht erfüllt, befristet erteilt werden.

³ Bei mangelhafter Pflichterfüllung kann ~~ihm~~**der Kaminfegermeisterin beziehungsweise dem Kaminfegermeister** die ~~Zulassung~~**Konzession** entzogen werden.

Art. 20 Abs. 1 (geändert)

¹ ~~Der Kreiskaminfegermeister~~**Die Konzessionärin oder der Konzessionär** und ~~ihre~~**oder** seine Angestellten haben die wärmetechnischen Anlagen:

Aufzählung unverändert.

Art. 21 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (geändert), Abs. 4 (geändert)

¹ Wärmetechnische Anlagen sind auf Kosten der Eigentümerin beziehungsweise des Eigentümers periodisch durch **die Konzessionärin beziehungsweise den KreiskaminfegermeisterKonzessionär** auf Verunreinigung zu kontrollieren und, soweit nötig, zu reinigen.

² ~~Der Kreiskaminfegermeister~~**Die Konzessionärin beziehungsweise der Konzessionär** hat ~~der Gebäudeversicherung~~**Mängel an den wärmetechnischen Anlagen der Behörde** zu melden. Diese ordnet die zur Behebung der festgestellten Brandschutzmängel erforderlichen Massnahmen an.

³ Die Gebäudeversicherung entscheidet auf begründetes Gesuch hin, ob die Eigentümerin beziehungsweise der Eigentümer ~~einen Kaminfegermeister eines~~**die Konzessionärin beziehungsweise den Konzessionär einer** anderen ~~Kreises~~**Region** mit der Kontrolle und der Reinigung beauftragen kann.

⁴ Die Reinigung von Anlagen, die spezifische Fachkenntnisse voraussetzen, kann durch eigenes Personal oder spezielle Reinigungsdienste unter Mitwirkung ~~der Konzessionärin beziehungsweise des Kreiskaminfegermeisters~~**der Konzessionärs** vorgenommen werden.

Art. 22 Abs. 1 (geändert)

¹ Die Regierung erlässt einen Tarif über die Entschädigung der ~~Kreiskaminfegermeister~~**Kaminfegermeisterinnen und Kaminfegermeister**.

Art. 29 Abs. 2 (aufgehoben)

² *Aufgehoben*

Art. 30 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (neu)

¹ Die Regierung ~~bestimmt~~**legt** im Einvernehmen mit den Trägern die Feuerwehrstützpunkte, ~~die Einsatzräume, erteilt Leistungsaufträge~~ und ~~regelt die Finanzierung deren Einsatzräume fest.~~

² Sie genehmigt die zwischen der Gebäudeversicherung und den Infrastrukturbetreiberinnen beziehungsweise Infrastrukturbetreibern sowie die zwischen der Gebäudeversicherung und den Trägern der Feuerwehrstützpunkte abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen.

Art. 38

Zuständigkeit¶

1. Gemeinden (Überschrift geändert)

Art. 38a (neu)

2. Kanton

¹ Die Gebäudeversicherung überprüft periodisch die Leistungsfähigkeit der Löschwasserversorgung der Gemeinden.

Art. 40 Abs. 1 (geändert), Abs. 3 (geändert)

¹ Die Gebäudeversicherung beteiligt sich wie folgt an den zweckmässigen und bedarfsgerechten Investitionen ~~Kosten~~ der Feuerwehren für Gerätelokale, Material, Alarmierung und Fahrzeuge sowie an den Aus- und Weiterbildungskosten der Feuerwehrkader:

a) *Aufgehoben*

b) **(geändert)** bis zu 50 Prozent der anrechenbaren Kosten von zweckmässigen und bedarfsgerechten Investitionen für interkommunale Feuerwehren **Gerätelokale, Material, Alarmierung und Fahrzeuge;**

³ Beiträge an eine Anschaffung ~~mit einmaligen Anschaffungen, deren Kosten von mehr als 25 000 Franken übersteigen, und an Anschaffungen, die im Beitragsjahr gesamthaft den Betrag von 50 000 Franken im Beitragsjahr übersteigen, werden nur ausgerichtete, wenn die Gebäudeversicherung der Anschaffung vorgängig zugestimmt hat.~~

Art. 41 Abs. 1 (geändert), Abs. 1^{bis} (neu), Abs. 1^{ter} (neu), Abs. 3 (geändert)

¹ Die Gebäudeversicherung ~~beteiligt sich wie folgt an den zweckmässigen und bedarfsgerechten Kosten~~ leistet den Gemeinden Beiträge von bis zu 25 Prozent der Anlagen ~~anrechenbaren Kosten~~ für die Löschwasserversorgung der Gemeinden zweckmässige und bedarfsgerechte Neu- und der Ersatzinvestitionen von ihnen damit betrauten Körperschaften: **Anlagen für die Löschwasserversorgung.**

a) *Aufgehoben*

b) *Aufgehoben*

^{1bis} Sie leistet den Gemeinden an die jährlichen Betriebskosten der Anlagen für die Löschwasserversorgung:

a) einen Grundbeitrag von bis zu 3000 Franken; und

b) einen Zusatzbeitrag von bis zu 5 Franken pro Million Versicherungssumme der Gebäude im Einzugsgebiet der Anlagen.

¹~~ter~~ Die Betriebsbeiträge sind von den Gemeinden der entsprechenden Spezialfinanzierung gutzuschreiben.

³ Die Beiträge werden nur gewährt, wenn ~~die Löschwasserversorgung nach anerkannten technischen Richtlinien erstellt oder angepasst wird und das Projekt den raumplanerischen Voraussetzungen entspricht:~~

- a) **(neu)** die Löschwasserversorgung nach gesamtschweizerisch anerkannten technischen Richtlinien erstellt oder angepasst wird;
- b) **(neu)** das Projekt den raumplanerischen Vorgaben entspricht; und
- c) **(neu)** die Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Löschwasserversorgung gemäss Artikel 38 erfüllt sind.

Art. 42 Abs. 1 (geändert)

¹ Die Bestimmungen des Gesetzes über den Finanzhaushalt ~~und die Finanzaufsicht~~ des Kantons **Graubünden** über Kantonsbeiträge finden sinngemäss Anwendung.

Art. 43 Abs. 2 (geändert)

² Die Regierung hat die Präventionsabgabe so festzulegen, dass der ~~Reservefonds~~ **Brandschutzfonds** gemäss Artikel 4 Absatz 3 ~~fünf Millionen Franken nicht übersteigt.~~

Art. 48 Abs. 2 (aufgehoben)

² *Aufgehoben*

II.

Keine Fremdänderungen.

III.

Keine Fremdaufhebungen.

IV.

Diese Teilrevision untersteht dem fakultativen Referendum.

Die Regierung bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Lescha davart la protecziun preventiva cunter incendis ed ils fatgs da pumpiers en il chantun Grischun (lescha davart la protecziun cunter incendis)

Midada dals [Data]

Relaschs tangads da questa fatschenta (numers dal DG)

Nov:	–
Midà:	840.100
Aboli:	–

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 31 e sin l'art. 85 al. 4 da la constituziun chantunala,
sunter avair gi invista da la missiva da la regenza dals 13 da zercladur 2016,

concluda:

I.

Il relasch "Lescha davart la protecziun preventiva cunter incendis ed ils fatgs da pumpiers en il chantun Grischun (lescha davart la protecziun cunter incendis)" DG [840.100](#) (versiun dals 01-01-2011) vegn midà sco suonda:

Art. 2 al. 1

¹ Il chantun è cumpetent per:

- a) **(midà)** la protecziun preventiva cunter incendis en cas d'edifizis—e—, da stabiliments **e d'occurrenzas** cun ina periclitaziun speziala;

Art. 3 al. 1

¹ Las vischnancas èn cumpetentas per:

-
- b) **(midà)** l'organisaziun ed il manaschi d'in corp ~~comunala~~ da pumpiers tenor las prescripziuns dal chantun;

Titel suenter Art. 6 (midà)

2.2. Permissiun da la ~~protecziun cunter incendis~~ polizia da feu

Art. 7 al. 1

¹ Ina permissiun è obligatorica per:

- d) **(midà)** occurrenzas che pericliteschan spezialmain persunas, animals; ~~chaussas u l'ambient~~ **chaussas**;
- e) **(midà)** arder ~~fiens artificiali~~ **objects pirotecnics per intents da divertiment (fiens artificiali) e per intents commercialis**.

Art. 8 al. 1 (midà), al. 2 (midà)

¹ Las vischnancas èn cumpetentas per conceder las suandantas permissiuns da la ~~protecziun cunter incendis~~ **polizia da feu**:

- d) *aboli*
- e) **(midà)** ~~permissiun arder objects pirotecnics per arder fiens artificiali~~ **intents da divertiment (fiens artificiali) che represchant in privel pitschen u mesaun tenor il dretg federal**.

² Las vischnancas pon delegar las cumpetenzas tenor l'~~alineia 1~~ **alineia 1 litera a fin c** a l'assicuranza d'edifizis cun ses consentiment. Ellas ston indemniser l'assicuranza d'edifizis per sias expensas, uschia ch'ils custs vegnan cuvrìds.

Art. 9 al. 1 (midà)

¹ Per tut las ulteriuras categorias conceda l'assicuranza d'edifizis la permissiun da la ~~protecziun cunter incendis~~ **polizia da feu**.

Art. 10 al. 1 (aboli), al. 2 (aboli), al. 3 (midà)

¹ *aboli*

² *aboli*

³ ~~L'assicuranza d'edifizis po scumandar Sch'ina mancanza areguard la tecnica da realisar in occurrenza, sche persunas èn periclitadas directamain~~ **protecziun cunter incendis na vegn betg eliminada vi d'in edifizis u vi d'in stabiliment avant il cumenzament da l'occurrenza respectivamain immediatamain suenter l'avertiment, po l'assicuranza d'edifizis scumandar respectivamain interrumper occurrenzas cun in potenzial da periclitaziun spezial**.

Art. 12 al. 1 (midà)

¹ Las controllas da la protecziun cunter incendis ~~ston vegnir realisadas~~ **vegnan fatgas** da l'autorità ch'è cumpetenta per conceder la permissiun da la **polizia da feu. Las vischnancas pon delegar l'incumbensa da la controlla da la** protecziun cunter incendis **a l'assicuranza d'edifizis cun ses consentiment. Ellas ston indemniser l'assicuranza d'edifizis per sias expensas, uschia che ses custs vegnan cuvrids.**

Art. 13 al. 1 (midà)

¹ Durant la realisaziun dal project da construcziun po l'autorità examinar, sche las cundiziuns che vegnan ordinadas en la permissiun da la ~~protecziun cunter incendis~~ **polizia da feu** sco er sche las prescripziuns per la protecziun cunter incendis vegnan observadas.

Art. 17 al. 1 (midà), al. 2 (nov), al. 3 (nov)

¹ Proprietarias u proprietaris d'edifizis, d'indrizs da la tecnica da chasa e d'installaziuns tecnicas per la protecziun cunter incendis che na correspundan betg a las prescripziuns ston eliminar **entaifer il termin prescrit** las mancanzas ~~constatadas entaifer il termin prescrit~~ **ch'èn vegnidas constatadas da l'autorità.**

² Sche las mancanzas ch'èn vegnidas constatadas da l'autorità na vegnan betg eliminadas, po quella ordinar executziuns d'uffizi.

³ Per ils custs da las executziuns d'uffizi exista in dretg da pegn legal. Quel sto vegnir inscrit en il register funsil entaifer 2 onns suenter il cumenzament da la scadenza.

Art. 18 al. 1 (midà), al. 2 (nov)

~~Cireuls~~ **Incumbensas da spazzachamins l'assicuranza d'edifizis (Titel midà)**

¹ L'assicuranza d'edifizis divide il chantun en ~~cireuls~~ **regions** da ~~spazzachamins e tsherna la maistra u il maister spazzachamin per mintga cireul.~~

² Ella surdat a las maistras ed als maisters spazzachamin la concessiun chantunala da pratitgar independentamain lur professiun en ina regiun da spazzachamin.

Art. 19 al. 1 (midà), al. 2 (midà), al. 2^{bis} (nov), al. 3 (midà)

~~Maistra u maister spazzachamin~~ **Concessiun**

1. ~~admissiun~~ **actività independenta (Titel midà)**

¹ ~~Per exequir l'uffizi~~ **Autorisadas da pratitgar independentamain l'actività da maistra u da maister spazzachamin dal cireul basegn in'admissiun** ~~èn mo personas ch'èn en possess d'ina concessiun chantunala.~~

² ~~L'admissiun vegn concedida da l'assicuranza d'edifizis, sche la candidata u sch'il candidat~~ **La concessiun sco maistra u maister spazzachamin vegn dada ad ina persuna che:**

Enumeraziun senza midadas.

^{2bis} En cas motivads po la concessiun vegnir dada per in temp limità ad ina persuna che n'ademplescha betg las premissas da l'alinea 2 litera a.

³ Sche las obligaziuns vegnan ademplidas manglusamain, po vegnir retratga ~~ad ella~~ **la concessiun da la maistra u ad el l'admissiun dal maister spazzachamin.**

Art. 20 al. 1 (midà)

¹ La ~~maistra~~**concessiunaria** u il ~~maister spazzachamin~~**econcessiunari sco er** sias emploiadas e ses emploiads ston:

Enumeraziun senza midadas.

Art. 21 al. 1 (midà), al. 2 (midà), al. 3 (midà), al. 4 (midà)

¹ Las installaziuns termicas ston vegnir controlladas areguard contaminaziuns e – sche necessari – nettegiadas periodicamain da la ~~maistra~~**concessiunaria** u dal ~~maister spazzachamin~~**concessiunari** sin donn e cust da la proprietaria u dal proprietari.

² La ~~maistra~~**concessiunaria** u il ~~maister spazzachamin~~**concessiunari** sto annunziar mancanzas vi da las installaziuns termicas a l'~~autorità~~**l'assicuranza d'edifizis**. Quella ordinescha las mesiras ch'èn necessarias per eliminar las mancanzas ch'èn vengidas constatadas areguard la protecziun cunter incendis.

³ Sin basa d'ina dumonda motivada decida l'assicuranza d'edifizis, sche la proprietaria u ~~sch'il~~ proprietari po incumbensar ~~ina maistra~~**la concessiunaria** u ~~in~~ ~~maister spazzachamin~~**d'in auter circuit** ~~il concessiunari d'ina autra regiun~~ da far la controlla ed il nettegiament.

⁴ Il nettegiament da las installaziuns, che premettan enconuschientschas specificas, po vegnir fatg da l'agen persunal u da servetschs speziels da nettegiament en cooperaziun cun la ~~maistra~~**concessiunaria** u cun il ~~maister spazzachamin dal circuit~~**concessiunari**.

Art. 22 al. 1 (midà)

¹ La regenza relascha ina tariffa davart l'indemnisaziun da ~~la maistra u dal maister~~**las maistras e dals maisters** spazzachamin ~~dal circuit~~.

Art. 29 al. 2 (aboli)

² *aboli*

Art. 30 al. 1 (midà), al. 2 (nov)

¹ En enlegientscha cun las instituziuns responsablas fixescha la regenza las basas dals corps da pumpiers ~~ed il~~**lur** secturs d'acziun. ~~Plinavant dat ella incaricas da prestaziun e regla la finanziaziun.~~

² Ella approvescha las cunvegns da prestaziun che l'assicuranza d'edifizis ha fatg cun las gestiunarias ed ils gestiunaris da las infrastructuras e che l'assicuranza d'edifizis ha fatg cun las instituziuns responsablas per las basas dals corps da pumpiers.

Art. 38

Cumpetenzat

1. vischnancas (Titel midà)

Art. 38a (nov)

2. chantun

¹ L'assicuranza d'edifizis verifitgescha periodicamain la capacitat da prestaziun dal provediment cun aua da stizzar fieu en las vischnancas.

Art. 40 al. 1 (midà), al. 3 (midà)

¹ L'assicuranza d'edifizis sa participescha sco suonda vi ~~da las investiziuns adequatas dals pumpiers, las qualas correspundan als basegns, e las qualas vegnan fatgas a favor da locals per utensils, da material, d'alarm e da vehichels sco er a favor dals custs per la seolaziun e per la furnaziun supplementara dals eaders da pumpiers:~~

a) *aboli*

b) **(midà)** fin 50 pertschient **dals custs imputabels d'investiziuns adequatas e confirmas als basegns** a favor da ~~corps~~ **locals per utensils, da pumpiers intercomunals** **material, da l'alarm e da vehichels;**

³ Contribuziuns ad ~~in~~ **acquisiziun** ~~acquisiziuns unicas~~ che ~~eustacustan~~ passa 25 000 francs ed ad acquisiziuns che surpassan la summa **totala** da 50 000 francs **durant** l'onn da contribuziun vegnan mo pajadas, sche l'assicuranza d'edifizis ha approvà l'acquisiziun ~~avantordavant~~.

Art. 41 al. 1 (midà), al. 1^{bis} (nov), al. 1^{ter} (nov), al. 3 (midà)

¹ L'assicuranza d'edifizis ~~sa participescha sco suonda vi dals custs adequats~~ **paja a las vischnancas contribuziuns da fin 25 pertschient** dals stabiliments, ~~ils quals correspundan als basegns, ed ils quals vegnan fatgs~~ **custs imputabels a favor d'investiziuns novas e substitutivas adequatas e confirmas als basegns** per il **stabiliments** dal provediment cun aua da stizzar fieu ~~da las vischnancas e da las corporaziuns che las vischnancas han incumbensà per quest intent.~~

a) *aboli*

b) *aboli*

^{1bis} A favor dals custs da gestiun annuals dals stabiliments per il provediment cun aua da stizzar fieu **paja** ella a las vischnancas:

a) ina contribuziun fundamentala da fin 3000 francs; e

b) ina contribuziun supplementara da fin 5 francs per mintga milliun da la summa d'assicuranza dals edifizis en l'intschess dals stabiliments.

¹ter Las contribuziuns da gestiun ston vegnir bunifitgadas da las vischnancas a la finanziaziun speziala correspondentia.

³ Las contribuziuns vegnan mo concedidas, ~~seh'il provediment cun aua da stizzar fieu vegn installà u adattà tenor las directivas tecnicas reconuschidas e seh'il project correspunda a las premissas da la planisaziun dal territori.~~ **sche:**

- a) **(nov)** il provediment cun aua da stizzar fieu vegn endrizzà u adattà tenor las directivas tecnicas reconuschidas en Svizra;
- b) **(nov)** il project correspunda a las prescripziuns da la planisaziun dal territori;
e
- c) **(nov)** las pretensiuns envers la capacita da prestaziun dal provediment cun aua da stizzar fieu da l'artitgel 38 èn ademplidas.

Art. 42 al. 1 (midà)

¹ Las disposiziuns da la lescha ~~davart las finanzas e davart la sorveglianza~~ da las finanzas dal chantun Grischun concernent las contribuziuns chantunales vegnan applitgadas conform al senn.

Art. 43 al. 2 (midà)

² La regenza sto fixar la taxa da prevenziun, uschia ch'il fond da ~~reservas tenor l'artitgel 4 alinea 3~~ **la protecziun cunter incendis** na surpassa betg 5 milliuns francs.

Art. 48 al. 2 (aboli)

² *aboli*

II.

Naginas midadas en auters relaschs.

III.

Naginas aboliziuns d'auters relaschs.

IV.

Questa revisiun parziala è suttamessa al referendum facultativ.

La regenza fixescha il termin da l'entrada en vigor.

Legge sulla protezione antincendio preventiva e sui pompieri del Cantone dei Grigioni (Legge sulla protezione antincendio)

Modifica del [Data]

Atti normativi interessati (numeri CSC)

Nuovo:	–
Modificato:	840.100
Abrogato:	–

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visti l'art. 31 e l'art. 85 cpv. 4 della Costituzione cantonale,
visto il messaggio del Governo del 13 giugno 2016,

decide:

I.

L'atto normativo "Legge sulla protezione antincendio preventiva e sui pompieri del Cantone dei Grigioni (Legge sulla protezione antincendio)" CSC [840.100](#) (stato 1 gennaio 2011) è modificato come segue:

Art. 2 cpv. 1

¹ Il Cantone è competente per:

- a) **(modificata)** la protezione antincendio preventiva in edifici-, **impianti e impianti in occasione di manifestazioni** con particolare pericolo;

Art. 3 cpv. 1

¹ I comuni sono competenti per:

-
- b) **(modificata)** l'organizzazione e la gestione di un corpo pompieri ~~comunale~~ conformemente alle prescrizioni del Cantone;

Titolo dopo Art. 6 (modificato)

2.2. Permesso di ~~protezione antincendio~~ polizia del fuoco

Art. 7 cpv. 1

¹ Sono soggetti all'obbligo del permesso:

- d) **(modificata)** manifestazioni con particolare pericolo per persone, animali, ~~oggetti o per l'ambiente~~ **od oggetti**;
- e) **(modificata)** ~~accensione~~ **l'accensione** di ~~fuochi d'artificio~~ **pezzi pirotecnici per scopi di svago (fuochi d'artificio) e a scopo commerciale.**

Art. 8 cpv. 1 (modificato), cpv. 2 (modificato)

¹ I comuni sono competenti per il rilascio dei seguenti permessi di ~~protezione antincendio~~ **polizia del fuoco**:

- d) *abrogata*
- e) **(modificata)** ~~permesso~~ **l'accensione di pezzi pirotecnici per l'accensione** ~~scopi di fuochi d'artificio~~ **svago (fuochi d'artificio) che presentano un rischio potenziale ridotto o medio conformemente al diritto federale.**

² Se essa è d'accordo, i comuni possono trasferire le competenze conformemente al ~~capoverso 1~~ **capoverso 1 lettere a – c** all'Assicurazione fabbricati. Essi devono risarcire a copertura dei costi l'Assicurazione fabbricati per il suo onere.

Art. 9 cpv. 1 (modificato)

¹ L'Assicurazione fabbricati rilascia i permessi di ~~protezione antincendio~~ **polizia del fuoco** per tutte le categorie rimanenti.

Art. 10 cpv. 1 (abrogato), cpv. 2 (abrogato), cpv. 3 (modificato)

¹ *Abrogato*

² *Abrogato*

³ ~~In~~ **Se un difetto nella protezione antincendio a un edificio o a un impianto non viene eliminato prima dell'inizio della manifestazione o immediatamente in seguito alla diffida, in caso di serio pericolo per le persone, manifestazioni con particolare potenziale di pericolo l'Assicurazione fabbricati può vietare o interrompere lo svolgimento di una manifestazione.**

Art. 12 cpv. 1 (modificato)

¹ I controlli della protezione antincendio ~~devono essere~~ **vengono** effettuati dall'autorità competente per il rilascio del permesso di **polizia del fuoco**. **Se essa è d'accordo, i comuni possono trasferire i controlli della** protezione antincendio **all'Assicurazione fabbricati**. Essi devono risarcire a **copertura dei costi** l'Assicurazione fabbricati per il suo onere.

Art. 13 cpv. 1 (modificato)

¹ Durante la realizzazione del progetto di costruzione l'autorità può verificare il rispetto delle condizioni integrate nel permesso di ~~protezione antincendio~~ **polizia del fuoco**, nonché il rispetto generale delle prescrizioni di protezione antincendio.

Art. 17 cpv. 1 (modificato), cpv. 2 (nuovo), cpv. 3 (nuovo)

¹ I proprietari di edifici, installazioni tecniche e dispositivi tecnici per la protezione antincendio che non rispettano le prescrizioni, devono eliminare i difetti accertati **dall'autorità** entro il termine fissato.

² Nel caso in cui i difetti accertati dall'autorità non vengano eliminati, essa può disporre l'esecuzione sostitutiva.

³ Per le spese dell'esecuzione sostitutiva esiste un diritto di pegno legale. Questo va iscritto a registro fondiario entro due anni dalla scadenza.

Art. 18 cpv. 1 (modificato), cpv. 2 (nuovo)

~~Circondari di spazzacamini~~ **Compiti dell'Assicurazione fabbricati (titolo modificato)**

¹ L'Assicurazione fabbricati suddivide il Cantone in ~~circondari~~ **regioni** di spazzacamini e ~~nomina il maestro spazzacamino per ogni circondario~~.

² Essa rilascia ai maestri spazzacamini la concessione cantonale per l'esercizio indipendente della professione in una regione di spazzacamini.

Art. 19 cpv. 1 (modificato), cpv. 2 (modificato), cpv. 2^{bis} (nuovo), cpv. 3 (modificato)

~~Maestro spazzacamino~~ **Concessione**

~~1. Autorizzazione~~ **Attività indipendente (titolo modificato)**

¹ ~~Per esercitare la funzione~~ **Lo svolgimento dell'attività indipendente** di maestro spazzacamino di ~~circondario~~ **è riservato a persone in possesso di una concessione** cantonale.

² ~~L'autorizzazione~~ **La concessione di maestro spazzacamino** viene rilasciata ~~dall'Assicurazione fabbricati se il candidato~~ **a una persona che:**

Elenco invariato.

^{2bis} In casi motivati, la concessione può essere rilasciata a tempo determinato a una persona che non soddisfa le condizioni di cui al capoverso 2 lettera a.

³ In caso di adempimento carente ~~dei suoi degli~~ obblighi, **al maestro spazzacamino** può ~~essergli essere~~ revocata ~~l'autorizzazione~~ **la concessione**.

Art. 20 cpv. 1 (modificato)

¹ Il ~~maestro spazzacamino di circondario~~ **concessionario** e i suoi impiegati devono:

Elenco invariato.

Art. 21 cpv. 1 (modificato), cpv. 2 (modificato), cpv. 3 (modificato), cpv. 4 (modificato)

¹ Gli impianti termotecnici vanno controllati e, se necessario, puliti periodicamente dal ~~maestro spazzacamino di circondario~~ **concessionario** a spese del proprietario.

² Il ~~maestro spazzacamino di circondario~~ **concessionario** deve comunicare ~~all'autorità~~ **all'Assicurazione fabbricati** i difetti accertati negli impianti termotecnici. Essa dispone le misure necessarie all'eliminazione dei difetti di protezione antincendio accertati.

³ Su domanda motivata, l'Assicurazione fabbricati decide se il proprietario può incaricare del controllo e della pulizia un ~~maestro spazzacamino di circondario~~ **concessionario di un altro circondario** ~~un'altra regione~~.

⁴ La pulizia degli impianti che presuppongono conoscenze specialistiche può avvenire da parte di personale proprio o di servizi specializzati di pulizia con la collaborazione del ~~maestro spazzacamino di circondario~~ **concessionario**.

Art. 22 cpv. 1 (modificato)

¹ Il Governo emana ~~la~~ **una** tariffa per la retribuzione ~~del maestro dei maestri~~ spazzacamino ~~di circondario~~.

Art. 29 cpv. 2 (abrogato)

² *Abrogato*

Art. 30 cpv. 1 (modificato), cpv. 2 (nuovo)

¹ D'accordo con gli enti responsabili, il Governo determina i centri di soccorso, ~~e le loro zone d'intervento, distribuisce mandati di prestazioni e disciplina il finanziamento.~~

² Esso approva gli accordi di prestazioni stipulati tra l'Assicurazione fabbricati e i gestori di infrastrutture nonché tra l'Assicurazione fabbricati e gli enti responsabili dei centri di soccorso.

Art. 38

Competenza

1. Comuni (titolo modificato)

Art. 38a (nuovo)

2. Cantone

¹ L'Assicurazione fabbricati provvede alla verifica periodica dell'efficienza dell'approvvigionamento dell'acqua di spegnimento dei comuni.

Art. 40 cpv. 1 (modificato), cpv. 3 (modificato)

¹ L'Assicurazione fabbricati partecipa agli investimenti appropriati e conformi al fabbisogno dei corpi pompieri per depositi apparecchi, materiale, allarme e veicoli, nonché alle spese di formazione e perfezionamento dei quadri del corpo corpi pompieri, nel seguente modo come segue:

- a) *abrogata*
- b) **(modificata)** fino al 50- percento **delle spese computabili legate agli investimenti opportuni e conformi al fabbisogno** per corpi pompieri intercomunali **depositi apparecchi, materiale, allarme e veicoli;**

³ ~~A un acquisto con spese che~~ **Ad acquisti una tantum le cui spese** superano 25- 000 franchi e ad acquisti che nell'anno contributivo superano l'importo **complessivo** di 50- 000 franchi; vengono versati contributi solo se l'Assicurazione fabbricati ha previamente approvato l'acquisto.

Art. 41 cpv. 1 (modificato), cpv. 1^{bis} (nuovo), cpv. 1^{ter} (nuovo), cpv. 3 (modificato)

¹ L'Assicurazione fabbricati ~~partecipa alle spese appropriate e conformi versa contributi a favore dei comuni fino al fabbisogno per gli impianti dell'approvvigionamento dell'acqua di spegnimento dei comuni~~ **25 percento delle spese computabili per nuovi investimenti e investimenti sostitutivi opportuni e delle corporazioni da essi incaricate, nel seguente modo: conformi al bisogno in impianti per l'approvvigionamento dell'acqua di spegnimento.**

- a) *abrogata*
- b) *abrogata*

^{1bis} Per le spese di esercizio annuali di impianti per l'approvvigionamento dell'acqua di spegnimento essa versa ai comuni:

- a) un contributo di base fino a 3000 franchi; e
- b) un contributo supplementare fino a 5 franchi per ogni milione della somma di assicurazione degli edifici situati nel comprensorio degli impianti.

^{1ter} I contributi d'esercizio devono essere accreditati dai comuni al corrispondente finanziamento speciale.

³ I contributi vengono concessi unicamente se ~~l'approvvigionamento dell'acqua di spegnimento è stato creato o adeguato secondo le direttive tecniche riconosciute e se il progetto corrisponde ai presupposti della pianificazione del territorio.:~~

- a) **(nuova)** l'approvvigionamento dell'acqua di spegnimento è stato creato o adeguato secondo le direttive tecniche riconosciute a livello nazionale;

-
- b) **(nuova)** il progetto corrisponde alle prescrizioni della pianificazione del territorio; e
- c) **(nuova)** sono soddisfatti i requisiti posti all'efficienza dell'approvvigionamento dell'acqua di spegnimento conformemente all'articolo 38.

Art. 42 cpv. 1 (modificato)

¹ Trovano applicazione per analogia le disposizioni della legge sulla gestione ~~e sulla vigilanza~~ finanziaria del Cantone dei Grigioni in materia di sussidi cantonali.

Art. 43 cpv. 2 (modificato)

² Il Governo deve stabilire la tassa di prevenzione in modo tale che ~~conformemente all'articolo 4 capoverso 3~~ il fondo di riserva **per la protezione antincendio** non superi i cinque milioni di franchi.

Art. 48 cpv. 2 (abrogato)

² *Abrogato*

II.

Nessuna modifica in altri atti normativi.

III.

Nessuna abrogazione di altri atti normativi.

IV.

La presente revisione parziale è soggetta a referendum facoltativo.

Il Governo stabilisce la data dell'entrata in vigore.

Auszug geltendes Recht

Gesetz über den vorbeugenden Brandschutz und die Feuerwehr im Kanton Graubünden (Brandschutzgesetz)

Vom 15. Juni 2010 (Stand 1. Januar 2011)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden¹⁾,

gestützt auf Art. 31 und Art. 85 Abs. 4 der Kantonsverfassung²⁾,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 2. März 2010³⁾,

beschliesst:

1. Gegenstand und Aufgabenzuweisung

Art. 2 Aufgaben 1. Kanton

¹ Der Kanton ist zuständig für:

- a) den vorbeugenden Brandschutz bei Gebäuden und Anlagen mit besonderer Gefährdung;
- b) das Feuerwehrwesen, soweit es nicht den Gemeinden übertragen ist;
- c) das Kaminfegerwesen.

Art. 3 2. Gemeinden

¹ Die Gemeinden sind zuständig für:

- a) den vorbeugenden Brandschutz bei Gebäuden und Anlagen ohne besondere Gefährdung;
- b) die Organisation und den Betrieb einer Gemeindefeuerwehr gemäss den Vorgaben des Kantons;
- c) die Löschwasserversorgung auf ihrem Gemeindegebiet.

¹⁾ GRP 2009/2010, 839

²⁾ BR [110.100](#)

³⁾ Seite 557

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

2. Vorbeugender Brandschutz

2.2. BRANDSCHUTZBEWILLIGUNG

Art. 7 Feuerpolizeiliche Bewilligungspflicht

¹ Bewilligungspflichtig sind:

- a) Neu-, An-, Um- und Ausbauten sowie die Umnutzung von Gebäuden oder Gebäudeteilen;
- b) Neu-, Aus- und Umbauten von haustechnischen Anlagen und technischen Brandschutzeinrichtungen;
- c) Betriebe, Anlagen und Einrichtungen, die der Herstellung, Verarbeitung oder Lagerung feuer- oder explosionsgefährlicher Stoffe und Waren dienen;
- d) Veranstaltungen mit besonderer Gefährdung von Personen, Tieren, Sachen oder der Umwelt;
- e) Abbrennen von Feuerwerk.

² Bewilligungspflichtige Bauten dürfen erst bezogen und bewilligungspflichtige Anlagen erst in Betrieb genommen werden, wenn die Abnahmekontrolle ergeben hat, dass die mit der Bewilligung verbundenen Auflagen erfüllt sind.

³ Die Regierung kann Ausnahmen von der Bewilligungspflicht vorsehen.

Art. 8 Zuständigkeit 1. Gemeinde

¹ Die Gemeinden sind für die Erteilung folgender Brandschutzbewilligungen zuständig:

- a) Neu-, An-, Um- und Ausbauten sowie die Umnutzung von Gebäuden ohne besondere Gefährdung;
- b) Neu-, Aus- und Umbauten von haustechnischen Anlagen ohne besondere Gefährdung;
- c) Betriebe, Anlagen und Einrichtungen zur Lagerung von feuer- und explosionsgefährlichen Stoffen und Waren in begrenzten Mengen;
- d) Veranstaltungen mit besonderer Gefährdung von Personen, Tieren, Sachen oder der Umwelt;
- e) Bewilligung für das Abbrennen von Feuerwerk.

² Die Gemeinden können die Zuständigkeiten gemäss Absatz 1 mit deren Einverständnis der Gebäudeversicherung übertragen. Sie haben die Gebäudeversicherung für ihren Aufwand kostendeckend zu entschädigen.

Art. 9 2. Kanton

¹ Die Gebäudeversicherung erteilt die Brandschutzbewilligungen für alle übrigen Kategorien.

Art. 10 Veranstaltungen mit besonderem Gefahrenpotenzial

¹ Die Gemeinden sind verpflichtet, für die Bewilligung von Veranstaltungen mit besonderer Gefährdung im Sinne von Artikel 8 Absatz 1 Litera d die Gebäudeversicherung beizuziehen.

² Die Gebäudeversicherung legt für solche Veranstaltungen die für die Sicherheit von Personen zweckmässigen Rahmenbedingungen für den Brandschutz fest. Die Gemeinde hat die Rahmenbedingungen in ihre Bewilligung aufzunehmen.

³ Die Gebäudeversicherung kann bei akuter Gefährdung von Personen die Durchführung einer Veranstaltung verbieten.

2.3. BRANDSCHUTZKONTROLLEN**Art. 12** Zuständigkeit

¹ Die Brandschutzkontrollen sind durch die für die Brandschutzbewilligung zuständige Behörde durchzuführen.

² Die Kontrollen sind der Eigentümerin beziehungsweise dem Eigentümer oder der Betriebsinhaberin beziehungsweise dem Betriebsinhaber oder deren Vertretung anzuzeigen.

Art. 13 Baukontrollen

¹ Die Behörde kann während der Umsetzung des Bauvorhabens die Einhaltung der in der Brandschutzbewilligung verfügten Auflagen sowie die generelle Einhaltung der Brandschutzvorschriften prüfen.

² Sie hat festgestellte Abweichungen der Bauherrschaft mitzuteilen.

Art. 17 Mängelbehebung

¹ Eigentümerinnen beziehungsweise Eigentümer von nicht vorschriftsgemässen Bauten, haustechnischen Anlagen und technischen Brandschutzeinrichtungen haben die festgestellten Mängel innert der vorgegebenen Frist zu beheben.

2.4. KAMINFEGERWESEN**Art. 18** Kaminfegerkreise

¹ Die Gebäudeversicherung teilt den Kanton in Kaminfegerkreise ein und wählt für jeden Kreis den Kaminfegermeister.

Art. 19 Kaminfegermeister
1. Zulassung

¹ Für die Ausübung des Amtes des Kreiskaminfegermeisters bedarf es einer kantonalen Zulassung.

² Die Zulassung wird von der Gebäudeversicherung erteilt, wenn die Bewerberin oder der Bewerber:

- a) im Besitze des eidgenössischen Diploms als Kaminfegermeister gemäss dem Bundesgesetz über die Berufsbildung oder einer eidgenössisch anerkannten gleichwertigen ausländischen Ausbildung ist und
- b) sich über genügende Kenntnisse der Brandschutzvorschriften ausweist.

³ Bei mangelhafter Pflichterfüllung kann ihm die Zulassung entzogen werden.

Art. 20 2. Pflichten

¹ Der Kreiskaminfegermeister und seine Angestellten haben die wärmetechnischen Anlagen:

- a) gemäss den Vorgaben der Gebäudeversicherung zu kontrollieren; und
- b) zweckmässig, wirtschaftlich, sorgfältig und unter Schonung der Anlagen und deren Umgebung zu reinigen.

Art. 21 Kontrolle und Reinigung der wärmetechnischen Anlagen

¹ Wärmetechnische Anlagen sind auf Kosten der Eigentümerin beziehungsweise des Eigentümers periodisch durch den Kreiskaminfegermeister auf Verunreinigung zu kontrollieren und, soweit nötig, zu reinigen.

² Der Kreiskaminfegermeister hat Mängel an den wärmetechnischen Anlagen der Behörde zu melden. Diese ordnet die zur Behebung der festgestellten Brandschutz-mängel erforderlichen Massnahmen an.

³ Die Gebäudeversicherung entscheidet auf begründetes Gesuch hin, ob die Eigentümerin beziehungsweise der Eigentümer einen Kaminfegermeister eines anderen Kreises mit der Kontrolle und der Reinigung beauftragen kann.

⁴ Die Reinigung von Anlagen, die spezifische Fachkenntnisse voraussetzen, kann durch eigenes Personal oder spezielle Reinigungsdienste unter Mitwirkung des Kreiskaminfegermeisters vorgenommen werden.

Art. 22 Tarif

¹ Die Regierung erlässt einen Tarif über die Entschädigung der Kreiskaminfegermeister.

3. Feuerwehr

3.1. ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Art. 29 Stützpunktfeuerwehren
1. Träger

¹ Der Kanton kann Gemeinde- und Betriebsfeuerwehren Aufgaben einer Stützpunktfeuerwehr übertragen. Bei Bedarf kann er eigene Stützpunktfeuerwehren betreiben.

² Die Träger der Stützpunktfeuerwehren stellen gegen angemessene Entschädigung das Personal und die erforderlichen Bauten für die Unterbringung der zugeteilten Ausrüstung zur Verfügung.

Art. 30 2. Auftrag

¹ Die Regierung bestimmt im Einvernehmen mit den Trägern die Feuerwehrstützpunkte, die Einsatzräume, erteilt Leistungsaufträge und regelt die Finanzierung.

4. Löschwasserversorgung

Art. 38 Zuständigkeit

¹ Die Gemeinden haben dafür zu sorgen, dass in den Bauzonen und den anderen Nutzungszonen genügend Löschwasser mit ausreichendem Druck für die Schadenbekämpfung zur Verfügung steht. Im Baugebiet sind Hydrantenanlagen zu erstellen.

5. Beiträge

Art. 40 Beiträge an die Feuerwehren

¹ Die Gebäudeversicherung beteiligt sich wie folgt an den zweckmässigen und bedarfsgerechten Investitionen der Feuerwehren für Gerätelokale, Material, Alarmierung und Fahrzeuge sowie an den Aus- und Weiterbildungskosten der Feuerwehrkader:

- a) bis zu 30 Prozent für Gemeinde- und Betriebsfeuerwehren;
- b) bis zu 50 Prozent für interkommunale Feuerwehren;
- c) bis zu 100 Prozent der Kosten der Aus- und Weiterbildung von Fach- und Führungskräften.

² Die Regierung legt die Beitragssätze an die Investitionen und an die Ausbildung der Feuerwehren fest.

³ Beiträge an eine Anschaffung mit Kosten von mehr als 25 000 Franken und an Anschaffungen, die den Betrag von 50 000 Franken im Beitragsjahr übersteigen, werden nur ausgerichtet, wenn die Gebäudeversicherung der Anschaffung vorgängig zugestimmt hat.

Art. 41 Beiträge an die Löschwasserversorgung

¹ Die Gebäudeversicherung beteiligt sich wie folgt an den zweckmässigen und bedarfsgerechten Kosten der Anlagen für die Löschwasserversorgung der Gemeinden und der von ihnen damit betrauten Körperschaften:

- a) bis zu 30 Prozent an den Erstinvestitionen;
- b) bis zu 20 Prozent an den Erneuerungsinvestitionen.

² Beiträge an Investitionen in Anlagen, die nicht ausschliesslich der Löschwasserversorgung dienen, werden anteilmässig herabgesetzt.

³ Die Beiträge werden nur gewährt, wenn die Löschwasserversorgung nach anerkannten technischen Richtlinien erstellt oder angepasst wird und das Projekt den raumplanerischen Voraussetzungen entspricht.

⁴ Die Regierung legt die Beitragssätze fest.

Art. 42 Beitragsgrundsätze

¹ Die Bestimmungen des Gesetzes über den Finanzhaushalt und die Finanzaufsicht des Kantons¹⁾ über Kantonsbeiträge finden sinngemäss Anwendung.

6. Finanzierung

Art. 43 Beitrag der Gebäudeeigentümerinnen und -eigentümer

¹ Die Eigentümerinnen und Eigentümer der versicherten Gebäude finanzieren die Kosten der Gebäudeversicherung für Massnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von Schäden mit einer jährlichen Präventionsabgabe von maximal 15 Rappen pro 1000 Franken Versicherungskapital.

² Die Regierung hat die Präventionsabgabe so festzulegen, dass der Reservefonds gemäss Artikel 4 Absatz 3 fünf Millionen Franken nicht übersteigt.

9. Schlussbestimmungen

Art. 48 Vollzug

¹ Die Verwaltungskommission der Gebäudeversicherung kann ergänzende Bestimmungen zur Verordnung der Regierung erlassen über:

- a) die Brandschutzkontrollen;
- b) das Kaminfegerwesen;
- c) die Anforderungen an Aus- und Weiterbildung der Brandschutzfachleute der Gemeinden sowie die Anforderungen an die Brandschutzorganisation der Gemeinde;
- d) die Anforderungen an Bestände, Aus- und Weiterbildung, Ausrüstung und Organisation der Gemeinde- und Betriebsfeuerwehren;

¹⁾ BR [710.100](#)

- e) die Anforderungen an das Alarmierungssystem, an die Alarmierungseinrichtungen und an die Einsatzorganisation der Feuerwehren;
- f) die technischen Anforderungen und die anrechenbaren Kosten für die Bemessung der Beiträge an die Feuerwehr und an die Löschwasserversorgung.

² Sie kann überdies in Ergänzung zu den vom Vollzugsorgan der Interkantonalen Vereinbarung zum Abbau technischer Handelshemmnisse erlassenen oder für verbindlich erklärten Brandschutzvorschriften Sondervorschriften für regionale bauliche Besonderheiten erlassen.

